



20.465 Parlamentarische Initiative

## Gesicherte Unterbringung von staatsgefährdenden Personen

Eingereicht von:

Tuena Mauro

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei  
Schweizerische Volkspartei



Einreichungsdatum: 23.09.2020

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt

### Eingereichter Text

Die Bundesversammlung erlässt die gesetzlichen Grundlagen, damit Personen gesichert untergebracht werden können, die im privaten oder öffentlichen Raum zu terroristischen Aktivitäten oder sonst zu Gewalt, ob im In- oder Ausland, aufrufen, anleiten oder ermuntern, solche Aktivitäten ankündigen, finanzieren, begünstigen oder zu deren Unterstützung aufrufen. Die gleiche Massnahme gilt für Personen, die sich zu Organisationen bekennen oder Organisationen angehören, die terroristischen Aktivitäten oder sonstige Gewalt bezuwecken oder ausüben. Die Anordnung dieser Massnahmen muss zwingend durch das Zwangsmassnahmengericht verfügt werden

### Begründung

In Morges (VD) wurde am 12. September 2020 ein 29-Jähriger Gast eines Kebab-Lokals von einem nachrichtendienstlich bekannten, türkisch-schweizerischen Doppelbürger niedergestochen. Der geständige Täter sass 2019 in Untersuchungshaft wegen versuchter Brandstiftung an einer Tankstelle in einem Wohnquartier. Seine Untersuchungshaft wurde mehrfach verlängert. Die Waadtländer Ermittler stellten beim Brandstifter einen jihadistischen Hintergrund fest, weshalb im Oktober 2019 die Bundesanwaltschaft den Fall übernahm. Im Juli 2020 wurde der Mann dank eines psychiatrischen Gutachtens aus der Haft entlassen, unter den Auflagen nächtliche Ausgangssperre, Meldepflicht und Waffentragverbot. Selbst die voraussichtlich vom Parlament beschlossenen polizeilich-präventiven Massnahmen ([19.032](#)) hätten den islamistischen Brandstifter nicht davon abhalten können, zum Mörder zu werden. Nur eine gesicherte Unterbringung solcher staatsgefährdenden Personen kann unserer Bevölkerung den Schutz bieten, auf den sie Anrecht hat. Unser Land darf auch kein Planungs- oder Rückzugsort für Terroristen sein, die in anderen Ländern zuschlagen möchten.

### Chronologie

11.10.2021	Sicherheitspolitische Kommission NR Folge gegeben
29.03.2022	Kommission für Rechtsfragen SR Keine Zustimmung

### Zuständigkeiten

#### Behandelnde Kommissionen

Kommission für Rechtsfragen SR (RK-SR)  
Sicherheitspolitische Kommission NR (SiK-NR)  
Sicherheitspolitische Kommission SR (SiK-SR)



**Zuständige Behörde**  
Parlament (Parl)

**Weitere Informationen**

**Behandlungskategorie**  
IV

**Erstbehandelnder Rat**  
Nationalrat

**Mitunterzeichnende (68)**

Addor Jean-Luc, Aebi Andreas, Aeschi Thomas, Amaudruz Céline, Bircher Martina, Buffat Michaël, Burgherr Thomas, Büchel Roland Rino, Candinas Martin, Cattaneo Rocco, Dettling Marcel, Dobler Marcel, Egger Mike, Estermann Yvette, Feller Olivier, Fiala Doris, Friedli Esther, Gafner Andreas, Geissbühler Andrea Martina, Giezendanner Benjamin, Glanzmann-Hunkeler Ida, Glarner Andreas, Gmür Alois, Grin Jean-Pierre, Grüter Franz, Guggisberg Lars, Gutjahr Diana, Haab Martin, Heer Alfred, Heimgartner Stefanie, Herzog Verena, Hess Erich, Huber Alois, Humbel Ruth, Hurter Thomas, Imark Christian, Keller Peter, Kutter Philipp, Köppel Roger, Marchesi Piero, Martullo-Blocher Magdalena, Matter Thomas, Nicolet Jacques, Nidegger Yves, Page Pierre-André, Rechsteiner Thomas, Reimann Lukas, Riniker Maja, Ruppen Franz, Rutz Gregor, Rösti Albert, Rüegger Monika, Schilliger Peter, Schläpfer Therese, Schneeberger Daniela, Schwander Pirmin, Sollberger Sandra, Steinemann Barbara, Strupler Manuel, Umbricht Pieren Nadja, Vogt Hans-Ueli, Walliser Bruno, Wasserfallen Christian, Wobmann Walter, Zuberbühler David, de Courten Thomas, de Quattro Jacqueline, von Siebenthal Erich

**Links**

